

Menschenrechte: Kein Thema für Konzerne?

Der UN „BindingTreaty“ als neuer Ansatz

Eine Initiative der Vereinten Nationen
plant Menschenrechte gegenüber
Konzernen durchsetzbar zu machen.



AMNESTY
INTERNATIONAL



laden ein zu einer Informationsveranstaltung zu dem
geplanten Abkommen und Diskussion mit den
Bremer Bundestagsabgeordneten
Doris Achelwilm (Die Linke),
Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen),
Elisabeth Motschmann (CDU) und
Sarah Ryglewski (SPD)

Einführung: Dr. Brigitte Hamm, Uni Duisburg,
Expertin für Menschenrechte und die Verantwortung globaler Unternehmen
im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Globalisierung
Moderation: Prof. Dr. Heide Gerstenberger, Uni Bremen

**am Mittwoch, 24.10.18 um 19 Uhr
in der Friedenskirche,
Humboldtstr. 175 • 28203 Bremen**

Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung der Umwelt durch internationale Konzerne sind weltweit in armen Ländern Alltag für sehr viele Menschen.

Für den Abbau von Gold, Kohle und anderen Rohstoffen werden Menschen mit brutaler Gewalt vertrieben, Aktivisten ermordet, Flüsse verseucht, Tropenwälder gerodet. Katastrophale Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit sind vielerorts an der Tagesordnung. Profitstreben hat allzu oft Vorrang vor Menschenrechten!

Für die Durchsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der UN-Menschenrechtskonventionen von 1966 werden international operierende Unternehmen bisher immer nur zu freiwilligen Selbstverpflichtungen aufgefordert – jedoch bislang weitgehend folgenlos.

Eine neue Initiative der Vereinten Nationen (UN) will jetzt Schluss damit machen: Der UN „Binding Treaty“. „Binding“ bedeutet: Bindende Aufgaben und Pflichten, nicht freiwillige! Menschen und zivile Organisationen sollen damit bei Menschenrechts-Verletzungen gegen transnationale Konzerne und Regierungen klagen können. Das wäre endlich ein wirksames Instrument für die Betroffenen. - Doch Bundesregierung und EU-Kommission boykottieren bisher die Verhandlungen.



AMNESTY
INTERNATIONAL

